

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 42

Erste Ausgabe jeden Sonntag.
Abonnementpreis: 12.00 M. für das Vierteljahr.
Su beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 20. Oktober 1918
(Zentralblatt Nr. 174)

3 ferats kosten 50 Pfa. die einseitige Beilage.
Bei Wiederholungen Rabatt. Stellungsvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfa.

32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Erhöhung des Kriegszuschlages von 10 auf 20 Prozent bei Militärrarbeit. — Schiffsalsschwere Entscheidungen. — Wärsentamml. — Reaktionslöndre. — Wohnungspolitik. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Soziales. — Wie einer zu Stiefeln kam. — Verbandesrichtern. — Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Ehrentafel.

Erhöhung des Kriegszuschlages von 10 auf 20 Prozent bei Militärrarbeit.

Wie uns der Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie unter dem 4. Oktober mitteilt, hat das königl. preussische Kriegsministerium unter dem 21. September dem Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie folgende Verfügung mitgeteilt:

„Der mit Erlaß vom 10. 7. 1917 Nr. 1804/06 17, B. 3 überlieferte Reichstarifvertrag für Militärrarbeitwert ist mit Wirkung vom 1. 4. 18 dahin geändert worden, daß der in Ziffer 9 vorgelebene Kriegszuschlag von 10 auf 20 Proz. erhöht worden ist.

Ziffer 9 des Tarifes ist dementsprechend handschriftlich zu berichtigen, Druckblätter werden nicht ausgegeben.

Die Arbeitgeber, die nach dem Inkrafttreten des Reichstarifvertrages für Militärrarbeit (20. 6. 17) ihren Arbeitern bereits freiwillig Lohnzulagen über die tarifmäßigen Sätze und Zuschläge hinaus gewährt haben, sind berechtigt, diese Zulagen auf die 10 Prozent Erhöhung in Anrechnung zu bringen. . . .

Nach dieser Verfügung des Kriegsministeriums muß die Erhöhung des erhöhten Kriegszuschlages ab 1. April 1918 erfolgen, da auch die Fabrikanten von dieser Zeit ab die erhöhten Preise bekommen.

Der Vorstand.

Die stetig steigende, immer drückender werdende Verteuerung der Lebenshaltung hat es mit sich gebracht, daß die Gewerkschaften in immer kürzeren Zeitabständen auf die Erhöhung der Löhne bzw. der Teuerungszulagen hinarbeiten mußten. Erst in jüngster Zeit hat eine ganze Reihe der namhaftesten Gewerkschaftsverbände Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Rundherum regen sich auch unsere Kollegen, um auf eine den Verhältnissen entsprechende Lohnhöhung hinzuwirken.

In der Schuhindustrie bestehen gegenwärtig zwei verschiedene Lohnsätze: der Militär-Reichslohnstarif und der Lohnstarif für die Zivil-Schuhfabriken. Ersterer hat nunmehr, wie aus obenstehender Bekanntgabe des Verbandesvorstandes hervorgeht, eine zweite Erhöhung um 10 Proz. erfahren. Wie er dadurch den Wünschen der Kollegen Rechnung trägt, soll heute nicht weiter erörtert werden. Jedenfalls wird auch diese Erhöhung weit aufgenommen durch die ins Ungem. 1918 verteuerte Lebenshaltung. Obendrein gilt die Erhöhung nur einem Teil unserer Berufsgenossen. Um so gebieterischer drängt sich die Frage der Erhöhung des Reichslohnstarifs für die Zivil-Schuhfabriken auf.

Der Reichslohnstarif für die Zivil-Schuhfabriken vom Frühjahr dieses Jahres blieb weit hinter den Erwartungen zurück, die unsere Mitglieder in bezug auf seine Lohnsätze hegten. Die Lohnsätze, die viele andere Gewerkschaften feinerzeit mit dem Unt...

tum (auch außerhalb der Kriegsindustrie) abschließen, jahren weit höhere Lohnsätze vor. Trotzdem sind in all diesen Berufen insolge der immer drückender werdenden Verhältnisse die Löhne mittlerweile erneut aufgebessert worden. Die Arbeiter in der Zivil-Schuhindustrie haben sich demgegenüber heute noch mit den Lohnsätzen abzufinden, die vor einem halben Jahre schon lange nicht ausreichend waren. Jetzt geht es nicht mehr länger, an allen Orten regen sich die Mitglieder unseres Verbandes und drängen darauf, daß endlich die Lohnsätze aufgebessert werden.

Wir glauben nicht, daß heute die Forderung nach besseren Löhnen in der Schuhindustrie damit abgetan werden kann, daß sie unbegründet ist. Die Verteuerung der Lebenshaltung ist in einem so raschen Tempo erfolgt, daß die gelegentlichen Lohnaufbesserungen keinen Ausgleich brachten. Erst kürzlich ist aus der Hauptstadt Bayerns berichtet worden, daß die wichtigsten Lebensmittel seit 1914 bis heute eine 4, 5, ja 10, 12 und mehrfache Steigerung erfahren haben. Dazu wurde besonders betont, daß die angeführten Preise Mindestpreise, also unabhängig von Wucher- und Scheichhandelspreisen sind. Berücksichtigt man dazu noch, daß die Verhältnisse außerhalb Bayerns mindestens nicht besser, vielmals aber noch trasser in Erscheinung treten, so begreift man, daß selbst verdoppelte und verdreifachte Löhne nicht mehr ausreichend sind für den Arbeiter, wenn er nicht direkt verhungern will.

Auch der Volkswirtschaftler Calwer hat erst in der jüngsten Zeit wieder eine Leber... über die Vermengung der Lebensmittelpreise veröffentlicht, die zeigte, in welcher ganz erheblicher Weise die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Er berechnet den Wochenbedarf einer vierköpfigen Familie für den Juli d. J. auf 58,11 M., gegen 25,88 M. im Juli 1914. Calwer stützt aber seine Berechnungen nur auf die rationierten Waren und diejenigen welche im freien Handel zu dem gesetzlichen Höchstpreise zu erhalten sind. Heute kann aber niemand, vor allen Dingen kein Arbeiter, der nicht körperlich vollständig herunterkommen will, von den rationierten und sonst im freien Handel zu Höchstpreisen erhältlichen Lebensmitteln leben. Jeder einseitige Mensch kann sich selbst ausrechnen, um wieviel sich die Summe von 58,11 M. aus diesem Grunde erhöhen tut, soll eine vierköpfige Familie einigermaßen lebensfähig-menschlich würdig, denn etwas anderes ist ja gar nicht zu verlangen, davon erhalten werden. Man braucht nur einige der Lebensmittel herausgreifen und zu prüfen, wie groß die Spannung zwischen Höchstpreis und Schleichhandelspreis ist. Nennen wir nur Butter und Eier; ähnliche Differenzen im Preis bestehen auch bei allen anderen Lebensmitteln.

Die Dinge sind eben von Tag zu Tag unerträglicher geworden. Das spürt nachgerade auch die Schuharbeiterschaft. Daher ihr Drängen nach besserer Entlohnung. Die im Frühjahr dieses Jahres festgesetzten Lohnsätze müssen unter allen Umständen und nennenswert erhöht werden. Es gibt keinen schlagenderen Beweis für die dringende Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne in der Schuhindustrie, als die seit dem Frühjahr fortgesetzt empfindlicher gewordene Teuerung auf dem Lebensmittelmarte, und die darum in fast allen anderen Berufen mit Erfolg durchgeführten Lohnbewegungen.

Wenn unsere Verbandsgenossen in allen Orten den festen Willen zur Durchführung ihrer Ansprüche zeigen, woran es wohl nirgends fehlen wird, und wenn das Unternehmertum die bei dem Ernst der Zeit sicher leicht zu erlangende Einsicht nicht vermissen läßt, dann wird wohl recht bald auch in der Schuhindustrie, wie in den anderen Berufen, die Lohnhöhe in ein gesünderes Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung gebracht werden, als wie das seither der Fall war. Die bittere Notwendigkeit erfordert es.

Hoffen wir, daß die angeführte Lohnhöhung in den Zivil-Schuhfabriken recht bald derjenigen unserer bei der Militärrarbeit beschäftigten Kollegen folgen wird.

Am 10. Oktober hat in Nürnberg eine Konferenz der drei Arbeitnehmerverbände des Schuhgewerbes unter Zugichung der Bezirksleiter stattgefunden, die sich mit der Erhöhung des Reichslohnstarifs beschäftigt hat. Gefordert wird eine allgemeine Erhöhung der Grundstundelöhne, die den gegenwärtigen Teuerungsvhältnissen Rechnung trägt. Die Forderungen sind dem Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie, den Arbeitgeberverbänden und der Zentraltarifkommission für den Reichstarif für Zivilarbeiter zugestellt worden.

Schicksalschwere Entscheidungen

X Deutschland steht vor schicksalschweren Ereignissen und Entscheidungen. Sie sind von noch unabsehbarer Bedeutung für das soziale und wirtschaftliche Leben der Arbeiterklasse. Kein Zweifel mehr: Die Durchhaltepolitik hat gründlich Schiffbruch erlitten! Sie hat das deutsche Volk, sie hat vor allem die deutsche Arbeiterklasse in eine große Lage gebracht, sie vor eine trostlose dunkle Zukunft gestellt. Schlimm war, daß man den Gegnern Deutschlands immer nur die Absicht unterstob, Deutschland vernichten, die deutschen Arbeiter zu Heloten des ausländischen Kapitals zu machen, während es für alle Welt festhalten sollte, daß Deutschland und seine Verbündeten als Angegriffene sich verteidigten, keinerlei böse Absichten gegen andere Länder hegten. So rannte man, nicht klar lebend und unbedenkend, immer tiefer in das Unglück hinein.

Es war ein Wahnsinn, zu glauben, Deutschland mit seinen verhältnismäßig schwachen Verbänden könne fast gegen die ganze übrige Welt militärisch siegen. Noch wahrscheinlicher war der Gedanke, ein jetzt errungener militärischer Sieg Deutschlands könne der Welt den Frieden bringen. Wie kann man auch nur eine Minute lang den Gedanken hegen, der größte Teil der Welt könne sich mit einem Machtverhältnis abfinden, das ihm Friedensbedingungen vorgeschrieben hatte? Es ist doch klar, daß ein Sieg Deutschlands die ganze Welt in ein tolles Betrüben hineingeführt hätte, das zu einem neuen Kriege führen mußte und der nicht früher zu Ende gehen könnte, bis Deutschland dann tatsächlich vernichtet sein würde.

Nachdem einmal das Machtprinzip Kriegesfrage geworden war, gab es, angesichts der bestehenden Situation, für Deutschland nur einen Weg der Rettung: den der Verständigung unter Preisgabe großer Opfer! Daß das Schwert entscheiden müsse, daß es Deutschlands Machtstellung in der Welt sichern werde, daß man alle Feinde militärisch zu überwinden in der Lage und dazu gewillt sei, das schreien nicht allein unsere Mitmenschen in die Welt hinaus, die ganze abhängige Politik war im Prinzip auf die Entscheidung durch die militärische Macht eingestellt. Selbst noch in den letzten Tagen, nach dem Ersuchen Deutschlands an Wilson, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen, und nach dem Waffenstillstandsangebot, los man in abhängigen Zeitungen, die Gegner mußten eventl. gezwungen werden, das deutsche Friedensangebot anzunehmen.

So tönte es noch in den letzten Tagen! Und wie scharf klang es vorher? Unabhängige Sozialdemokraten und Pazifisten, die schon vor 3 Jahren forderten, Deutschland solle sich bereit erklären, auf Eroberungen verzichten, einen Verständigungsfrieden abzuschließen zu wollen, sie wurden als „Vaterlandsverräter“, „Agenten des Auslandes“ usw. verteidigt. Und auch die abhängi-

gen Sozialisten wollten nichts von Friedenserörterungen wissen.

Sinn: nur hörte man von der Pflicht und Notwendigkeit des Durchhaltens. Es handelte sich um die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Arbeiterklasse, um die Schaffung der Voraussetzungen ihres weiteren sozialen und kulturellen Aufstieges, um Entwicklungsmöglichkeiten für Deutschland, Erhaltung seiner Weltmachtstellung.

So klug es aus den Organen der abhängigen Sozialdemokratie. Ja manche ihrer Vertreter waren in der Zeit, als Deutschland große militärische Siege errang, ganz offenkundig eroberungsgläubig geworden. Nicht nur für Grenzbeschränkungen traten sie ein; die Erweiterung des deutschen Kronlandbesitzes, Stärkung der Wehrmacht zu Wasser, zu Lande und in der Luft war ihrer Politik eifriges Bestreben. Dazwischen schoben in die Welt hinaus die ostdeutschen Stimmen, die lähmende Anklagen im Osten und Westen, wie auch an kolonialen Besitz forderten, die wohl nach Kriegsende nicht zur Verfügung hätten, sich so gebardeten, als bräuhete man nur zu wollen, um die ganze Welt zu den Füßen des deutschen Militarismus zu werfen. Konnte da die Welt an eine Friedensliebe glauben?

Gewiß, schon vor 2 Jahren lud Bethmann-Hollweg die Entente zu Friedensverhandlungen ein. Gerade hatte man große Siege errungen, und es fiel das verhängnisvolle Wort nach der Kriegserklärung, die bezugte, wo die Kraft und Wucht für einen entscheidenden Sieg steck. Und als eine solche Aufforderung — mit der gepanzerten Faust — abgelehnt worden war, was jeder verständliche Mensch voraussetzen konnte, da schrie wieder ein fräres Kriegesgeschrei ein. Durchhalten! Durchhalten! Bis zum Tode! So vernahm man es aus allen Lagen. Welche Bedeutung sollte solche Entschlossenheit haben, wenn nicht die, man wolle und könne den Gegnern die für Deutschland günstigsten Bedingungen diktiert?

Wäre das möglich geworden, dann hätte man damit im Augenblick einen neuen Krieg propagiert. Das lag nicht im Interesse der Arbeiterklasse, davon gerade mußte sie sich bewußt werden.

Man kann nun einwenden: Durch die bekannte Friedensresolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 hat Deutschland sich doch vor allem die deutsche abhängige Sozialdemokratie ihre ehrliche Friedensliebe bewiesen. Trotzdem waren die Gegner nicht bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wer so redet, vernimmt doch vollständig die Situation, werkennt sie zur Stunde nach. Warum ist es notwendig, den Dingen endlich auf den Grund zu gehen, nicht um Vermittelte zu erheben, sondern um den richtigen Weg für unser Handeln finden zu lassen. Daß es wahr ist, daß endlich der rechte Weg ermittelt werde, verlangen wir als Gewerkschaftler wie als Politiker, damit die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht noch trübsaler werden, als sie bereits unheimlich geworden sind. Geworden, als Folge der vielgepöbelten Durchhaltepolitik!

Vor 2 Jahren, gab es keine Konsequenz, die so großartig gewesen wäre, wie die nun vor uns liegende. Man denke nur an die Opfer, die der Krieg mit unermesslicher Opfer gefordert hat, an die riesenhafte wirtschaftlichen Opfer, mit denen er uns belastet! Willst du nicht eingewandt: wir müssen weiter kämpfen, weil die Gegner uns vernichten wollen! War das jemals vollstän-

dig richtig, dann wäre es jetzt sicher nicht falsch, dann wäre solcher Wille, nun, da an einen militärischen Sieg Deutschlands nicht mehr gedacht werden kann, noch mehr als damals vorhanden. Denn im Laufe dieser Jahre ist doch sehr viel geschehen, was die andere Seite erbittert konnte.

Damit können wir auch wieder auf den Einwand bezüglich der Friedensresolution zurück. Man darf nicht vergessen, daß ihr der Hinweis auf die Kriegserklärung vorausgegangen war. Sie wurde beschlossen, als die Lage für Deutschland ansehenswert sich ungunstig gestaltet. Die Friedensresolution wurde überdies von dem Geschrei der Unionisten nach umfassenden Gebietserweiterungen; der Feindeszieger akzeptierte sie unter dem Vorbehalt, wie sie sich aufstellte. Vor und nach haben ihr sich alle Kräfte der Parteien eine Ausdehnung nach der einen oder dem anderen Frieden, wie den im Jahre 1911 mit Frankreich abgeschlossenen dachte.

Der die Regierung und die abhängige Sozialdemokratie beherrschten bei der Friedensresolution! So wird uns entgegengehalten. Das stimmt noch nicht. Trotz der Friedensresolution genehmigte die Regierung und die abhängigen Sozialdemokraten den Frieden von Brest-Litowsk, den Bruchfrieden mit der Ukraine, den Vertrag von Bukarest. Und diesen Verträgen war die Zustimmung des Reichstages zu dem von der russischen Revolution im letzten Friedensprogramm vorausgegangen, unter dem Programm das da verbietet keine Eroberungen, keine Entschädigungen, Selbstbestimmungsrecht der Völker!

Kann man sich nicht vorstellen, daß nach solchen

Vorgängen, daß besonders nach so eigenartigem Verhalten der abhängigen Sozialdemokratie das Vertrauen in der Welt gegen Deutschland erstarrte? Kann man noch nicht verstehen, daß von der anderen Seite erklärt wird: der Militarismus, das Machtprinzip muß erst überwunden sein, eher kann es keinen Frieden geben. Mit einer autoritären Regierung, mit einer Regierung, die verantwortlich ist für all das Gedeihende, die in Diensten der Eroberungspolitik stand, können wir in keine Friedensverhandlungen eintreten; verhandeln werden wir nur mit einer Volksregierung! — So hören wir es ständig von drüben und offiziell wiederholt die Versicherung: Wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk, wir wollen nicht das deutsche Volk besiegen, wir kämpfen gegen den Militarismus, gegen die Autorität!

Haben wir die Gegner Deutschlands schon auf die Probe gestellt, ob sie nach solchen Zusicherungen zu handeln bereit sind? Haben wir etwa nun eine Volksregierung? Nur politische Kinder könnten auf solche Frage mit einem „Ja“ antworten. In Wirklichkeit ist an dem autoritären System nichts geändert worden. Wo, wann, wie hat das Volk irgend etwas bestimmt? Die Krone berief andere Männer. Das ist alles! Sie kann diese Männer morgen, übermorgen, wann es ihr paßt, wieder nach Hause senden und Vertreter der schwarzen Reaktion, der Militärpartei, Anhänger des nachtesten Machtprinzips und der reinen Autokratie berufen. So sieht's doch in Wirklichkeit! Wie kann man da erwarten, daß die Entente die Ernennung einiger Sozialdemokraten zu halb- oder Ganzministern als „Volksernennung“ anerkennen soll? Und wo hat diese Regierung gezeigt, daß sie gewillt ist, der Militärpartei das Heft aus den Händen zu nehmen? Mit Worten ist jetzt nichts mehr zu machen. Nur Taten können helfen, retten! Und als Arbeiter, als Gewerkschaftler, die all der begangenen Fehler und Sünden Laster auf tragen haben, fordern wir, daß endlich die Voraussetzungen für einen Friedensschluß geschaffen werden. Jede Stunde Verzögerung verschärfert unsere Lage, unjere und unserer Nachkommen Zukunft.

Die Durchhaltepolitik hat uns an den Abgrund geführt; sie hat uns Unmengen von Leid, Not und Jammer eingetragen; sie hat die Millionenopfer an Menschenleben vermindert, das grenzenlos Verwirren, das unheilvolle Schicksal gemacht. Sorgen wir dafür, daß das Unheil nicht noch größer wird. Taten können nur helfen.

Aus unserem Beruf.

Entsprechend der ihm durch die Bekanntmachung der Bundesratsverordnung vom 17. März 1917 übertragenen Aufgabe regelt der Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie die Preise der Erzeugnisse der Betriebe, die seiner Kontrolle unterstehen. Er hat zu diesem Zweck für bestimmte Warengruppen Höchstpreise festgelegt; solche Höchstpreise sind für Kriegsstiefel, Hausstiefel, Pantoffeln und Sandalen festgesetzt worden. Der Höchstpreis für Sockelpreisen für ledernes Straßenschuhwerk steht die Tabelle entgegen, daß zur Herstellung von ledernem Straßenschuhwerk nicht einheitliches Material verwendet werden kann. Der Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie hat zur Verhinderung von unangemessenen Preisen für ledernes Straßenschuhwerk bei den 11 Schuhwarenherstellern und Vertretungsgesellschaften Bewertungskommissionen eingesetzt, die aus Schuhwarenherstellern und Schuhwarenhändlern bestehen und deren Aufgabe es ist, die Fabrikate jedes einzelnen Betriebes hinsichtlich der Preisberechnung zu prüfen und für die Berechnung angemessener Preise zu sorgen.

Durch diese Maßnahme ist es dem Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie im allgemeinen gelungen, Preisausweichungen zu verhindern.

Wenn trotzdem in zahlreichen Fällen Schuhwerk nur zu übermäßig hohen Preisen dem Verbraucher zugänglich ist, so beruht dies darauf, daß Schuhwaren, wie alle anderen fertigeren Erzeugnisse, vielfach im Schleißhandel in den Verkehr kommen.

Die durch die Bundesratsverordnung betr. Preisbestimmungen bei der Herstellung von Schuhwerk vom 28. September 1916 getroffene Anordnung, daß die Schuhwaren mit der Nummer des Herstellers, mit dem Kleinverkaufspreis und dem Monat und Jahr, in denen die Angaben angebracht worden sind, versehen sein müssen, hat einen ausreichenden Schutz gegen unangemessene Preise für solche Waren, die im Schleißhandel verteuert werden, nicht gebracht. Der Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie hat deshalb in seiner Sitzung vom 23. 9. 1918 den anliegenden Beschluß gefaßt. Durch diesen Beschluß soll herbeigeführt werden, daß die Preisangabe in einer nicht zu entfernbaren Weise an einer Stelle des Schuhs angebracht werden muß, an welcher sie auch durch Tragen des Schuhs nicht oder doch nicht in kurzer Zeit beseitigt werden

kann. Die Hersteller und Käufer von Schuhwaren sollen durch diese Maßnahme jederzeit den gleichmäßig Kleinvverkaufspreis des Schuhwerks erkennen können.

Auszeichnung von bedarfsdecksichtigen Schuhwerk.

Zur Bekämpfung der Schleißhandelspreise soll bedarfsdecksichtiges Schuhwerk auf beide Seiten der Herstellerseite, Monat und Jahreszahl in den Kauf, der Kleinverkaufspreis auf der vorderen Sohle der Sohle mit großen deutlichen etwa 1 Zentimeter großen Zahlen tief und deutlich eingestempelt werden. Die Stempelung in der vorliegend angegebenen Weise hat vom 15. November 1918 an zu erfolgen.

Börsentaumel.

× Wilde Kämpfe gab es in den letzten Wochen hinter der Front. An den Börsen tobten Schlachten. Hier rang man um die Kriegsbeute der Profitmacher. Die Haupttriebkraft, die letzten Endes den Krieg beschleunigt und ihn so blutig, so andauernd, so umfangreich und so materiell wie moralisch verheerend gemacht hat: die Jagd nach kapitalistischem Gewinn, feierte den Börsen ihre Orgien. Hier gab es Sieger und Verlierer.

Einige, die über ruinierte Existenzen, über wirtschaftliche Leiden, hinwegschreitend neue Reichtümer zusammenkräften, eine große Schar, die die Opfer zahlte hatte. Ein typisch kapitalistisches Bild.

Der Krieg mit seiner glänzenden Konjunktur hat die Warenproduzenten, hat die Gewinne der industriellen Unternehmen stark in die Höhe getrieben. Die 50 Prozent Dividenden, das war das Hebliche geworden. Dazu konnten die meisten Unternehmen noch beträchtliche Reserven und sonstige Rückstellungen, die dem Fonds für die Zukunft, zur Verfügung hatten. Und diesen Umständen trieben natürlich die Kurse der meisten Industrieaktien mächtig in die Höhe. Die Nachfrage am Markt der Wertpapiere blieb anhaltend stark.

Immer größer wurde die Zahl der Gläubiger und „Bogarten“, die durch Spekulation schnell Reichtum ergattern wollten. Die vererbenden Wirkungen des Krieges zeigten sich auch hier. Kriegsgewinne, die sich an Millionenvermögen gefaltet hatten, zehnten, denen der Geschäftsinsel, kleine und große Unternehmen im Handel oder im Schiebergeschäft mehr oder minder beträchtliche Summen in den Schoß geworfen hatten, Handwerker und Geschäftleute, denen der Krieg ein Glück geworden. Bankbeamte, Handlungsbevollmächtigte männlichen und weiblichen Geschlechts, Wagnereien im Handel oder im Schiebergeschäft mehr oder minder beträchtliche Summen in den Schoß geworfen hatten, Handwerker und Geschäftleute, denen der Krieg ein Glück geworden. Bankbeamte, Handlungsbevollmächtigte männlichen und weiblichen Geschlechts, in großen Zahl waren sie von Bolscheier erleichtert. Hier glaubte man einen sicher sprudelnden Quell gefunden zu haben aus dem sich ein reiches Gewinn hervorließ. Der Kriegsgewinn brachte seine ergatternden Reichtümer in Industrieaktien gut verzinst zu zule. en, so für sich und die Nachkommen auf immer die Existenzfrage gelöst zu haben oder man hoffte, die Kriegsbeute durch Kursgewinne noch mehr zu steigern.

Tausende, Zehntausende, die ihre Arbeitskraft Kapital verkaufen, dabei nur Jodeln erwerben, das schickende Lebensführung verdinglich, fiebernden danach mit erpärten oder geborgten kleinen Summen an den Börsen die launische Glücksgöttin in ihre Dienste zu spannen. Man fiskalisierte sich heimlich Lapp zu. Einige schloßten aus dem Munde Willender. Sie konnten keine Kriegsgewinne einstreichen. Das reizte sie sehr und Bekannte, die von dem Spiel hörten. Nun sprach der Trost der kleinen Spekulanten, am Reißfaden der großen Wucher, gewaltig an. Unerfährlich war die Nachfrage nach Anlagepapieren. So schnell den Kursen in die Höhe. Sie erreichten einen Stand, der selbst unter Berücksichtigung der sogen. inneren Wert der betreffenden Unternehmen, keine Berechtigung hatte.

Die Voraussetzung der tosen Hauffespekulation war die Fortsetzung des Krieges. Nur solange er tobt, erwehlet und mordet, kann auf die hohen Konjunkturgewinne gerechnet werden.

Ist's vorbei mit dem Kriegsbedarf, sinken die unvernünftigen hohen Kriegspreise auf ein normales Maß, dann stürzt ein Teil des Spekulationsgebäudes zusammen. Die Kurse müssen sinken. Wer als Besitzer von Anlagepapieren übernommen hat, kann auf ein dem Kurs entsprechende Vergütung nicht mehr bauen. Er verliert mit Kursverlust. Je mehr Papiere angeboten werden, um so heftiger der Kurssturz und je stärker der Sturz, um so größer die Angst vor noch weiterem Sinken der Kurse und Vermögensverlust bei späterem Verkauf. So wächst das Angebot weiter und damit der Druck auf die Kurse.

Schulden... verlor mit einem Schlage ihre Einflüsse... nur einige Hunderte der Laubende von Markt... Er zahlt die Beträge ein, kauft nur scheinbar Spekulationspapiere. Steigt deren Kurs, dann... die meisten, die da mitmachen, ohne die treibenden Kräfte zu kennen oder bewerten zu können, ist diese Spekulation das reine Lotteriespiel.

Der Krieg mußte kommen. Dann, wenn anscheinlich die Kriegszucht bald abgelaufen war und dort am Ende, wo man glaubt, vom Kriegsglück verlassen zu sein. Die berufsmäßigen Spekulanten, die Banken... die meisten, die da mitmachen, ohne die treibenden Kräfte zu kennen oder bewerten zu können, ist diese Spekulation das reine Lotteriespiel.

Die Kriegszucht bald abgelaufen war und dort am Ende, wo man glaubt, vom Kriegsglück verlassen zu sein. Die berufsmäßigen Spekulanten, die Banken... die meisten, die da mitmachen, ohne die treibenden Kräfte zu kennen oder bewerten zu können, ist diese Spekulation das reine Lotteriespiel.

Die Kriegszucht bald abgelaufen war und dort am Ende, wo man glaubt, vom Kriegsglück verlassen zu sein. Die berufsmäßigen Spekulanten, die Banken... die meisten, die da mitmachen, ohne die treibenden Kräfte zu kennen oder bewerten zu können, ist diese Spekulation das reine Lotteriespiel.

nur an kleinen, sondern auch an mittleren und größeren Wohnungen steht. Den Bedarf an Wohnungen sagt der Verfasser für das erste Friedensjahr auf etwa 60 000 und auf etwa 50 000 für das zweite. Mit Recht spricht er sich gegen die Vorschläge der Abstellung des Wohnungsstandes durch Behelfsbauten als durchaus unwirtschaftlich aus und fordert die Inangriffnahme von dauernden Neubauten. Mit den Vertretern der Wohnungsreform bezeugt er sich in der Forderung von Zulässen aus ökonomischen Mitteln, um die durch die ungeeignete Art des Bau- und Bewirtschaftungsmodus bedingte ungemessene Erhöhung der Mieten zu halten. Im übrigen aber stellen sich die holländischen Ausführungen und Vorschläge als reaktionär dar. Sie laufen im wesentlichen darauf hinaus, daß an den das Groß-Berliner Wohnungs- und Siedlungsweisen bestimmenden Faktoren irgendwelche wesentlichen Veränderungen nicht vorgenommen werden sollen: die Landbescheidung, die Kapitalbescheidung, die Baulätigkeit und der Hausbesitz zur Beheizung des Wohnungsbedarfes, nach dem Kriege sollen einfallen in den alten privatrechtlichen Bahnen weitergeführt und nur durch die eben erwähnte Übernahme der Wastoffenüberprüfung aus ökonomischen Gründen und sonst noch in dieser oder jener Weise unterstützt werden. Es klingt, als ob all die zahllosen Forderungen der teilweise sachlichen Zustände, die sich unter dem bisherigen System der Beheizung des Groß-Berliner Wohnungsbedarfes entwickelt haben, und der immer wiederholte Nachweis des Nichtigens der bisher bestimmenden Faktoren (juristisch an dem Verfasser vorbeigegangen wären, denn an wirtlichen Reformen enthält keine Schrift fast nichts. Außer diesem allgemeinen Vorwurf gegen die Schrift fehlt es aber auch nicht an befremdlichen Anmerkungen: insbesondere muß dagegen von vornherein auf das entscheidendste Widerspruch erhoben werden, daß der Verfasser für den alten Hausbesitz mit Hilfe keineswegs einwandfreier Rechnungen den vollen Betrag der außerordentlich hohen Mietssteigerung in Anspruch nimmt, der sich bei ungeänderter Ablauf der Dinge auch für die bestehenden Käufer aus der gewaltigen Steigerung der Neubauten ergibt. Ebenso ist entschieden zu betonen, daß Herr Haberland sich gegen die Behörden der besprochenen Instanzen wendet, durch eine Herabsetzung der geltenden Bauordnungen das Groß-Berliner Wohn- und Siedlungsweisen grundsätzlich auf neue bessere Grundlagen zu stellen. Der Verfasser greift u. E. grundsätzlich und praktisch völlig fehl, wenn er der ökonomischen Gewalt zumutet, vor den Anwendungen und Gewinnen des Terraingewerbes Halt zu machen, selbst wenn dadurch die Allgemeinheit den empfindlichsten Schäden erleidet, und wenn er weiter den Terraingewerbern eine dauernde Zurückhaltung ihres Landes diesen behördlichen Absichten gegenüber als möglich hinstellt.

All diesen reaktionären Vorschlägen gegenüber ist mit allem Nachdruck daran festzuhalten, daß es sich für Groß-Berlin nicht nur darum handelt, daß überhaupt eine genügende Zahl neuer Wohnungen gebaut wird, sondern ebenso sehr auch darum, daß das ganze Groß-Berliner Wohnungs- und Siedlungsweisen grundsätzlich auf neue bessere Grundlagen gestellt wird. Es darf nicht einfach nach der Unterbrechung durch den Krieg der alte Faden weitergesponnen werden, sondern es muß die fortgeschrittenen Anschauungen und Erkenntnisse auf dem Gebiete des Wohnungswezens auch für Groß-Berlin endlich volle Berücksichtigung finden. Insbesondere müssen unter allen Umständen eine starke Auflockerung der Bauweise und eine kräftige Zentralisation plangreifend und ein viel stärkerer Wiederaufbau der Bevölkerung an den Boden und die Natur herbeigeführt werden. Dazu wird es freilich in weitem Umfange neuer Kräfte und neuer Organe bedürfen, und die alten Kräfte, die keineswegs ausgeschaltet werden sollen, müssen den neuen Bedürfnissen und Verhältnissen angepaßt werden. Öffentliche und halböffentliche Organe sind auf gemeinschaftlicher Grundlage zu entscheiden weit größerer Wirksamkeit als bisher im Groß-Berliner Wohnungswesen berufen. Außerdem werden von allen Seiten erhebliche Opfer gebracht werden müssen — nicht zuletzt gerade auch von dem dieses Gebiet bisher beherrschenden großen kapitalistischen Interessen, und eine wirklich erzieherische Wohnungspolitik wird nur der Herbeiführung solcher Opfer nicht zurücktreten dürfen.

schaften schwand im allgemeinen zwischen 20 Pfg. und 2 Mt. für ein Mitglied und Jahr. 56 Sekretariate erhielten Zuschüsse von der Generalkommission. In 20 Fällen bekamen Sekretariate Zuwendungen von Parteiorganisationsstellen und in weiteren 10 Fällen leisteten Arbeitergenossenschaften und sonstige Arbeiterunternehmungen Zuschüsse zu den Unterhaltungskosten. Aus Gemeinde- und Staatsmitteln wurde 1917 Beihilfe gewährt den Sekretariaten Altschiffenburg 100 Mt., Breslau 1000 Mt., Kassel 1200 Mt., Celle 400 Mt., Frankfurt a. M. 4000 Mt., Freiburg i. B. 300 Mt., Fürtth 750 Mt., Gladbach 1000 Mt., Karlsruhe 1100 Mt., Ludwigshafen 600 Mt., Mainz 1000 Mt., Rüstingen 1100 Mt.

Die Gesamtsumme der Sekretariate betragen 606274 Mt. (1916: 552 438 Mt.) Die Gesamtausgaben stellten sich auf 630 602 Mt. (1916: 576 315 Mt.). Die Zahl der Auskunftsstellen betrug 1917: 511 763 (1916: 526 365). Schriftsätze wurden angefertigt 1917: 166317 (1916: 175 293). Persönliche Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Oertern Gerichten und Verwaltungsbehörden wurden vorgenommen 1917: 4272 (1916: 4652). Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftsstellen sind im Kriege erheblich zurückgegangen. 1913 berichteten 232 über ihre Tätigkeit, 1917 aber nur 122. Sie haben insgesamt 142 033 Auskünfte erteilt, 19 809 Schriftsätze angefertigt und 621 persönliche Vertretungen übernommen.

Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften unterhalten auch Sekretariate. Angaben über ihre Tätigkeit machten 5 Arbeitersekretariate, 27 Rechtsauskunftsstellen und 3 Rechtsauskunftsbüros, zusammen 30 Stellen, 2 mehr als im Vorjahre. Die berichtenden Stellen verzeichnen zusammen 23 466 Auskünfte. Schriftsätze wurden 402 angefertigt. Vertretungen vor Instanzen fanden 250 statt.

Verkürzung der Arbeitszeit für Metallarbeiter.

Die Metallarbeiterbewegung im Wuppertal zur Herbeiführung einer verkürzten Arbeitszeit mit Lohnausgleich hat zu einem Erfolge der Arbeiter geführt. Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis haben die Arbeitgeber fast durchweg eine vier- bis siebenstündige Arbeitszeitverringerung zugestanden, zum Teil wurde jedoch erheblich mehr bewilligt. Es ist die Arbeit bei einer Firma in Wobwinkel von 60 auf 48 Stunden, bei einer Barmer Firma von 65 auf 54, bei zwei anderen Firmen von 72 auf 60 Stunden verkürzt worden. Wo die Arbeitgeber erklärten, jede Arbeitszeitverkürzung würde in ihrem Betriebe eine Produktionsstörung hervorrufen, begnügten sich die Arbeiter mit einer Lohn-erhöhung, die in einem Fall 25 Prozent betrug.

Teuerungszulagen im Dachdeckerberufe.

Nach eingehenden Beratungen am 22. und 23. September in Weimar wurde zwischen den Dachdeckermeisterorganisationen und dem Zentralverband der Dachdecker vereinbart, die im Baugewerbe abgeschlossenen Teuerungszulagen von 15—25 Pfg. auch für die Dachdecker gelten zu lassen mit der Verbesserung, daß mit Rücksicht auf die Arbeitszeiteinschränkung die gesamten Zulagen bereits am 1. Oktober gezahlt werden, so daß von diesem Tage an die Teuerungszulagen für alle Städte über 50 000 Einwohner und bei Kriegsbauten 65 Pfg. betragen, für die übrigen Orte bis herunter zu 5000 Einwohner 60 Pfg. stündlich.

„Demokratie“ im Buchdrucker-Verband.

In der letzten General-Versammlung des Vereines Berliner Buchdrucker und Schriftgießer (Buchdrucker-Verband) war eine Ergänzungswahl zur Revisionskommission vorzunehmen. Der Vorsitzende Wollmuth schlug anstelle von Bordian — Grumbach vor, mit der Begründung, einem alten Brauche gemäß werden in diese Kommission nur Kollegen mit dem Anfangsbuchstaben „B“ gewählt. Diese sonderbare Demokratie wäre ein gutes Mittel, die Opposition innerhalb der Gewerkschaften los zu werden. — Sie zeigt, wie weit vorgeschritten der Buchdrucker-Verband ist.

Einflußlos

Die Holzarbeiter-Zeitung sagt zu der Denkschrift der Generalkommission und des abhängigen Parteivorstandes zur Ernährungsfrage:

„Es ist nicht das erstemal, daß sich Generalkommission und Parteivorstand in der Ernährungsfrage an die Reichsregierung wenden. Man hat ihren Ratsschlüssen kein Gehör geschenkt und ihre Wünsche mißachtet. Die einseitige Rücksichtnahme auf die Interessen der Erzeuger trägt Schuld daran, daß sich die heutigen unhaltbaren Zustände herausgebildet haben.“

Uns schwand, daß diese Einsicht durch die letzten politischen Ereignisse wieder erlöst worden ist.

Wohnungspolitik.

Die Arbeitersekretariate im Jahre 1917.

Nach dem Korrespondenzblatt der Generalkommission unterhielten im Jahre 1917 die freien Gewerkschaften 130 Arbeitersekretariate, von denen 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes sind. An der Statistik des Jahres 1917 haben sich 119 Sekretariate beteiligt. Von diesen werden 81 aus den Mitteln der Kartellkasse unterhalten. Die Beitragsleistung der Gewerkschaften...

Gewerkschaftliche Rundschau.

Nach dem Korrespondenzblatt der Generalkommission unterhielten im Jahre 1917 die freien Gewerkschaften 130 Arbeitersekretariate, von denen 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes sind. An der Statistik des Jahres 1917 haben sich 119 Sekretariate beteiligt. Von diesen werden 81 aus den Mitteln der Kartellkasse unterhalten. Die Beitragsleistung der Gewerkschaften...

Soziales.

Mittelalterliches bei Krupp.

Die Münchener Post veröffentlicht folgendes Dekret der Firma Krupp:

Rundschreiben Nr. 122.

Betreff: Anstellungsverhältnis.

Für Anstellungsverhandlungen ist folgendes zu beachten: Die Bewerbungen von Angehörigen hiesiger Firmen, die sich noch in ungekündigter Stelle befinden, sind grundsätzlich kurzerhand abzulehnen. Sollten sich besondere Umstände ergeben, die es tunlich erscheinen lassen, der Bewerbung näher zu treten, dürfen Verhandlungen mit dem Bewerber nicht aufgenommen werden, ohne daß vorher von einem Mitglied der Geschäftsleitung mit einer maßgebenden Persönlichkeit der bisherigen Firma des Geschäftstellers verhandelt worden ist.

Wird mit Bewerbern in mündliche oder schriftliche Verhandlungen eingetreten, so ist an Gehalt und Zulagen grundsätzlich nicht mehr zu bieten, als der Bewerber bisher hatte. Eine Verbesserung im Gehalt kann in Ausnahmefällen gestattet werden, für den Fall, die Leistungen entsprechen. Zugeständnisse über ein sonstiges höheres Gehalt dürfen nur nach vorheriger Rücksprache mit einem Mitglied der Geschäftsleitung gemacht werden. Die Angaben über das bisherige Einkommen des Bewerbers sind möglichst nachzuprüfen.

Freimann, 28. März 1918.
Bayer. Geschüwert. Friedr. Krupp, Kom.-Gef.-Eppner. ppa. Danlauer.

Solche Verfügungen werden im Kriege erlassen, wo doch „freie Bahn für alle Tüchtigen“ und der „Kampf für ein freies Deutschland“ proklamiert worden ist. Der Erfolg der Firma Krupp, die Millionen Gewinne aufweist, ist eine prächtige Illustration dazu. Die Angehörigen sollten bis auf den letzten Mann sich der sozialistischen Bewegung anschließen, denn die Zustände erfordern unbedingt eine schnelle Vorgehensweise der kapitalistischen Produktionsmittel.

Billige Arbeit ist schlechte Arbeit.

Im „Sprechsaal“ der Fachzeitschrift der keramischen Industrie behandelt der Kommerzienrat Roessler in Koblenz die zukünftigen Aufgaben der deutschen keramischen Industrie. Naturgemäß behandelt er dabei auch im Zusammenhang mit der Produktionskostenfrage auch die Lohngestaltung. Er sagt dabei das folgende:

„Es muß von vornherein ein für allemal ausgeschlossen sein, daß etwa Löhne und Gehälter gedrückt werden. Ueberall sind die Ausgaben für die Lebenshaltung außerordentlich gestiegen, und nur bei ausreichender Betätigung derselben kann von dem Mann überhaupt etwas verlangt werden. Es muß also nicht nur für diese geforgt werden, sondern es ist auch danach zu verfahren, daß die Leistungsfähigkeit und die Leistungswilligkeit des Mannes durch seine Entlohnung und durch sonstige Fürsorge für ihn gesteigert und gehalten werden. Billige Arbeit ist immer die wertvollste Arbeit. Beste Arbeit ist immer die wertvollste und gleichzeitig sparsamste, weil sie sowohl den Mann als auch den Werkstoff am besten ausnützt. Von vornherein also fort mit dem Gedanken, eine Verbilligung der Erzeugung durch Lohnrückerei erzielen zu können und zu wollen.“

Es ist ein weißer Hahn unter dem Unternehmertum, der hier keine Erfahrungen zum Besten gibt. Seine sozialpolitische Einsicht lassen sogar manchmal sogenannte Fachgewerkschaftler vermissen, weil wir an einem Beispiel (wo es sich um Gelbe handelte) in der vorigen Nummer des Fachblattes zeigen konnten.

Wie einer zu Stiefeln kam.

Vor Schuhwarengeschäften stehen täglich Hunderte Polonaise, genau so wie vor Metzgereien und Sektgeschäften. Es sind das die Stiefel eingetroffen. Die Leute barren daraus nach. „Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“.

„Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“.

„Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“.

„Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“.

„Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“, „Gib mir ein Paar Stiefel“.

Was die Stiefel kosten?

„65 Mark.“

„Mit dem Sattel geht er zur Kaffeebar. Sagt 45 Mk.“

„Mein Herr, das stimmt nicht!“

„O bitte sehr — genau!“

„Wieso denn?“

„Ganz einfach — das Fräulein dort hat ja schon Swanzig weg...“ Zwei verlegte Gesichter.

„Speziell lächelnd verließ der glückliche Besitzer neuer Entwürfe den Laden.“

Fuchschlaube ist zu manchem gut.

Wenn man sie nur besitzen tut.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Jahre von 14. Okt. bis 20. Okt. der 42. Wochenbeitrag fällig ist.

Der Sachstelle Schweinfurt wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Oktober ab den Einzahlungsbeitrag von 5 Pfg. auf 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen.

Der Sachstelle Rostock, einen Extrabeitrag von monatlich 10 Pfg. zu erheben.

Die Mitglieder genannter Sachstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrasteuern die Folgen des § 9, Abs. 1 nach sich zieht.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsblätter und -Karten wurden als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

Josef Mayer, S.-Nr. 52 599, eingetreten am 20. März 1897 in Stuttgart.

Friedrich Weg, S.-Nr. 64 060, eingetreten am 20. November 1912 in Schweinfurt.

Ernst Koch, S.-Nr. 67 038, eingetreten am 1. Juni 1913 in Goslar.

Jacob Schäfer, S.-Nr. 82 082, eingetreten am 8. September 1902 in Bamberg.

Else Germann, Karte, eingetreten am 21. Januar 1918 in Erfurt.

Wilhelm Otto, Karte, eingetreten am 1. Juli 1917 in Köln.

Paul Wagner, Karte, eingetreten am 21. Juli 1917 in Breslau.

Suldreich Klobig, Karte, eingetreten am 9. Juli 1917 in Erfurt.

Thomae Engelhardt, Karte, eingetreten am 15. Februar 1918 in Nürnberg.

Fanny Graf, Karte, eingetreten am 28. Juli 1917 in Erfurt.

Räpfe Wenzler, Karte, eingetreten am 16. April 1918 in Göttingen.

Nürnberg, den 12. Oktober 1918.
Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Burg. Für die Sterbefälle der Mitglieder Ernst Giese, Ida Went und Gustav Baldamus ist der 78., 79. und 80. Sterbebeitrag fällig bezw. das 78., 79. und 80. Geld auf der Loslosterkarte zu zahlen. Das Sterbegeld beträgt für jeden Fall 150 Mk.

Eppendorf. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 6. bis 12. Oktober sämtliche Mitgliedsblätter zwecks Kontrolle eingezogen werden. Etwasige Rückstände sind bis dahin zu begleichen, da am 1. Oktober die Beitrags-erhöhung mit 10 Pfg. Einzahlungsbeitrag in Kraft tritt. Vom 1. Oktober an müssen etwaige Rückstände mit neuen Beitragsmarken beglichen werden.

Neutlingen. 1. Bro. Albert Summel, Ablandstr. 1. Weihenfeld. Für den Sterbefall des Mitgliedes Hugo Geig ist die 28. Sterbemarte zu zahlen.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Erfassung) zu Hamburg.

(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 10. Sept. bis 4. Okt. 1918: St. Georg 208,98, Göttingen 60,—, Göttingen 100,—, Weihenfeld 75,08, Orlan 80,—, Erfurt-Nord 120,—, Braunschweig 200,—.

Zusatz erhielten: Almsborn 600,—, Mainz 250,—, Bliestal 50,—, Dresden 300,—, Olpe 170,—, Burg 250,—, Brandenburg 50,—, Plagwitz 75,—, Romawas 100,—, Hannover 50,—, Leipzig-Ost 100,—, Offenbach 300,—, St. Pauli 100,—, Weihenfeld 100,—.

Summa: 924,06 Mk.

Summa: 2845,— Mk.

Achtung!

Mit den Abrechnungsformularen sind die neuen, welche ab 1. Oktober gelten, sowie das Stichtag zur Beachtung beigelegt, gesandt. Wir ersuchen Sie, nach diesem zu richten. Die genehmigten Zahlungsbefehle gelangen später zum Versand.

Hamburg, den 4. Oktober 1918.

H. Ebel, Hauptkassier.

Ehrentafel

für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Leipzig. Emil Peterjohn, gestorben in einem

Zur Beachtung!

Wer an das „Schuh-Fachblatt“ etwas zu schreiben hat, muß unter allen Umständen folgendes befolgen:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten benutzen.
2. keine Blei- und auch keine Einrentenliste verwenden.
3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen vorgenommen werden können.
4. durch Korrekturen, Änderungen oder Streichungen nicht das Manuskript unlesbar machen.
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben.

Neuer Katalog

(ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacherwerkzeuge

Verlag gratis und franco. (siehe ersichtliche)

E. Wöglé, Berlin, Lustgartenstraße 83.

Alle Sorten Senkel, Schuhgarn u. Schlen
C. Rademacher, Forst (Lausitz)
Cottbusstr. 17.
Postfachamt Nr. 41 653. Poststraße 10a
Reelle Medicinang.

Handstanzmesser

Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 500 Amt Ostlitz.

Theo Dreuer, Merseburg i. Saale

Tüchtige Lederzuschneider

• Schuhfabrikarbeiter
zum sofortigen Eintritt gesucht.

Gebr. Neuburger, Schuhfabrik
Bamberg in Bayern.

Nachruf.

Als weiteres Opfer dieses Krieges verlor ein Kamerad an einer Krankheit unser Mitglied Kollege

Alfred Drechsel

ferner verlor wir am 2. Oktober nach kurzer Krankheit unser langjähriges treues Mitglied und Kameraden

Wilhelm Voigt.

Ihre Andenken wird in Ehren halten.
Die Jahrshefte

Die Jahrshefte des „Schuh-Fachblatt“ weiteste Verbreitung.